



**Bericht des Landesbischofs
zur IV. Tagung der 25. Landessynode
der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers**

8. Mai 2015

(es gilt das gesprochene Wort)



Verehrtes Präsidium, liebe Synode!

I. Ein theologischer Disput oder eine absurde dogmatische Marginalie?

Fangen wir mit einem aktuellen theologischen Disput an, der – so wie lange nicht mehr – in den deutschsprachigen Feuilletons relativ breiten Eingang gefunden hat. Ein inzwischen zwei Jahre alter Aufsatz, der in einer theologischen Fachzeitschrift veröffentlicht worden ist, erregt die Gemüter. Der Berliner Systematische Theologe Prof. Dr. Notger Slenczka hat mit der Frage, ob und mit welchem Rang das Alte Testament in die Bibel gehört, also Teil des Kanons ist, aufgeschreckt. Kanon ist dabei kein Gesangsstück sondern ein Terminus für die anerkannten, normativen Texte, die in der Heiligen Schrift sind. Diese Frage hat eine historische und eine aktuelle Bedeutung.

Historisch war die Frage, welche Schriften in den Kanon kommen, „die erste Entscheidung der Kirche, die man ... als Dogma bezeichnen kann.“¹

Die frühe Kirche war überzeugt davon, dass das Alte Testament ein *christliches* Buch sei, das im Ganzen von Jesus Christus Zeugnis ablegt. Deshalb hat man konsequenterweise auch bestritten, dass die Juden den Text des Alten Testaments allein für sich beanspruchen können. Hatten in den Anfängen mündliche und schriftliche Traditionen nebeneinander Autorität besessen, ohne dass man über ihr Verhältnis weiter nachdachte, so führte die Fixierung eines Schriftkanons zu einem anderen Verhältnis. Es entstand ein Auslegungs- und Deutungshorizont für das junge Christentum, der damit zugleich eine Tradition begründete: Es war geschrieben, es steht in der Schrift, d.h. im Alten Testament. Im ersten Jahrhundert der christlichen Kirche war der Kanon ausschließlich das Alte Testament.

In den Evangelien und bei Paulus kann man es teilweise ablesen, welche Bedeutung die Zitation des Alten Testaments für den Beweis hatte, dass Jesus Christus der erwartete Messias ist. Dabei brauchte man die Vorhersage des Alten Testaments *nicht* für die Anerkennung von Tod und Auferstehung Jesu, das hatte man ja selbst erlebt, sondern für die Deutung des Lebens und des Todes Jesu Christi.

Sicher entstanden auch zu dieser Zeit im 1. Jhd. in der Alten Kirche schon andere Schriften, wir wissen relativ genau, wann die paulinischen Briefe abgefasst wurden und die Evangelien entstanden sind, aber sie wurden nicht als Kanon anerkannt. Es war ein komplizierter und nur teilweise bekannter Prozess, der im zweiten Jahrhundert dazu führte, die Texte aufzunehmen, die wir heute in der Bibel finden. Und endgültig wurde der neutestamentliche Kanon erst auf einer Reihe von Synoden in der zweiten Hälfte des 4. Jahrhunderts festgelegt.

Nun hat Notger Slenczka in einem Aufsatz mit dem Titel „Die Kirche und das Alte Testament“ provoziert. Er spricht selbst davon, „Selbstverständlichkeiten in Frage zu stellen“ und weiß, dass manche seiner Thesen „hochproblematisch“ sind. Slenczka analysiert theologische Positionen aus der Reformationszeit und dem 19. und 20. Jahrhundert, die sich kritisch über die Bedeutung des Alten

¹ Bernhard Lohse, *Epochen der Dogmengeschichte*, Stuttgart 1986, S. 31



Testaments als kanonische Schrift äußern. Slenczka fasst das Ergebnis dieser Debatte folgendermaßen zusammen: „Sobald sich das Bewusstsein ausbildet, dass dieses Buch nicht von der Kirche, sondern von einer Religionsgemeinschaft handelt und zu ihr spricht, von der sich die Kirche getrennt hat, wird das Verhältnis der Kirche zu diesem Schriftenkorpus hochproblematisch: Es handelt sich eben von vornherein nicht mehr um ein unmittelbar in die eigene Geschichte hineinredendes Buch, sondern um die Identität stiftende Urkunde einer anderen Religionsgemeinschaft. Dieses Bewusstsein der Unterscheidung von Kirche und Judentum als zweier Religionsgemeinschaften hat sich ... durchgesetzt ...“² Der Haupteinwand, ob das AT in der Bibel verbleiben soll, liegt also darin, dass der heilsgeschichtliche Zusammenhang, der für die Alte Kirche entscheidend war, heute weitestgehend nicht mehr formuliert werden kann oder soll. Die christologische Deutung des AT enteignet die Schrift dem Judentum. Andererseits kann die Anerkennung des Selbstverständnisses des Judentums nicht ohne Weiteres christologisch vereinnahmt werden.

Die Reaktionen auf diese These waren sehr harsch. Soll es eine theologische Auseinandersetzung zu dieser Frage geben? Prof. Dr. Christoph Marksches, ein Kollege von Slenczka an der Humboldt-Universität, verweigert eine solche Debatte darüber mit dem Argument: „Über solche Thesen diskutiert man so wenig wie über die These, dass die Erde doch eine flache Scheibe ist.“

Der Autor wusste, wie brisant sein Essay ist, er suchte den theologischen Disput und Widerspruch, die er in dem Sammelband, in dem dieser Text veröffentlicht wurde, auch bekam. Texte sind nicht heilig, weil Gott sie geschrieben hat, sondern weil Menschen ihnen eine besondere Orientierungskraft zur Deutung ihres religiösen Lebens geben. Und dieses religiöse Leben ist immer eingebunden in eine Gemeinschaft. Juden lesen ihre Hebräische Bibel dabei anders als Christen ihr Altes Testament. Das war vor 2000 Jahren genauso wie heute. Aktuell muss allerdings auch kritisch analysiert werden, dass es mit den historischen Erfahrungen der versuchten Abtrennung des Alten Testaments aus dem Kanon der Bibel oftmals nicht nur eine Herabstufung des Textes, sondern auch eine theologische und soziale Ausgrenzung gegenüber der Religion gegeben hat, der diese Schriften heilig waren und sind. Die systematische Abtrennung von diesen Texten oder ihre kategoriale Neubestimmung bleibt somit nicht nur eine Frage christlicher Identitätsbildung, sondern hatte und hat Auswirkungen für das Verhältnis der Kirche zum Judentum. Auch wenn Slenczka das Alte Testament nicht aus der Bibel entfernen möchte, will er diesen Texten einen Rang geben, der anderen Büchern der Bibel zukommt, die kaum eine Verwendung innerhalb der Liturgie oder Verkündigung erhalten. Der von ihm formulierte Aspekt, dass gerade der Kanoncharakter des AT den Antijudaismus förderte, erscheint mir – auch am Maßstab seiner „Neueinstufung“ – gewagt und unbelegt. Slenczka kalkuliert damit, dass eine solche „Herabstufung“ des Alten Testaments ein bewusster Affront im jüdisch-christlichen Dialog ist. Nicht das „Fremdeln“ mit diesen Texten ist die Herausforderung (was hilft diese Gemütslagenbeschreibung eigentlich als Indiz für einen theologischen Vorschlag? Ich „fremdele“ auch mit neutestamentlichen Texten), sondern ihre

² <https://www.theologie.hu-berlin.de/de/st/AT1>



kritische Reflexion. Dieser Reflexion sollte wohl der Aufsatz von Slenczka dienen. Dabei geht die Frage, die er aufwirft, im Grunde noch weiter: letztlich geht es überhaupt um den Begriff des Kanonischen. Wir wissen, dass Luther mit seiner Formel „was Christum treibet“ auch neutestamentliche Schriften noch einmal in mehr oder weniger relevante Texte unterscheiden konnte. Es ist nicht zu viel gesagt, dass die wissenschaftliche Theologie erneut und immer wieder die Aufgabe zugewiesen bekommt, eine aktuelle Theologie des Kanons zu entwerfen.

Dabei geht es um eine sachgerechte Auseinandersetzung mit dem Gotteswissen und der Gotteserkenntnis in der jüdischen wie in der christlichen Religion. Und um das Aufzeichnen der Verweisungszusammenhänge zwischen diesen Religionen. Eine Ausscheidung des Alten Testaments aus dem Kanon der Schrift hilft an dieser Stelle nicht. Prof. Dr. Reinhard Feldmeier und Prof. Dr. Hermann Spieckermann schreiben in *Der Gott der Lebendigen: Die biblische Gotteslehre* „... erhebt den Anspruch, sowohl die theologische Eigendynamik der israelitisch-jüdischen als auch der christlichen Überlieferung, die nur in ständiger Referenz zur jüdischen Überlieferung ihre Christusbotschaft sagen will und kann, widerzuspiegeln. Es versteht sich von selbst, dass sich dieser durch die christliche Bibel geprägte Entwurf von Darstellungen unterscheidet, die die jüdische Bibel zur Grundlage haben“.³

Die Interpretation des Neuen Testaments ist nicht möglich ohne den Bezug auf das Alte Testament. Dabei muss uns die eben angesprochene theologische Eigendynamik bewusst sein, dass wir das Alte Testament aus unserer christlichen Identität heraus interpretieren. Damit bleiben wir immer in einer Spannung zur jüdischen Religionsgemeinschaft, für die allein das Alte Testament identitätsstiftend ist. Diese Spannung ist aber aus meiner Sicht mitnichten ein Grund, das Alte Testament aus dem Kanon herauszunehmen, sondern eine ständige Herausforderung für die Interpretation biblischer Texte und eine Quelle für Auslegung und Predigt. „Das Alte Testament ist der Wahrheitsraum des Neuen Testaments.“ So skizziert der emeritierte Alttestamentler Prof. Dr. Jürgen Ebach die Bedeutung der Hebräischen Bibel.⁴ Das Neue Testament führt nicht aus dem Alten heraus, es führt vielmehr Menschen aus den Völkern in das Alte Testament hinein und eröffnet ihnen einen Weg zu Israels Gott. Und in diesen Weg sind Christinnen und Christen hineingenommen.

Warum ich mit dieser Diskussion so ausführlich beginne, hängt damit zusammen, dass diese Debatte auch direkt in den Gemeindealltag hineinwirkt. Sie hat eine praktisch-theologische Konsequenz. Diese Diskussion fragt nach der theologischen Verantwortung der Pastorinnen und Pastoren. Welche Rolle spielt das AT in unserer Verkündigung? Wie verkündigen wir es? Welche innere theologische Verhältnisbestimmung finden wir für das Mit- und Nebeneinander von Altem und Neuem Testament? Es gibt, so scheint es, eine offensichtliche Unkenntnis von Notger Slenczka über den Umgang der Kirche mit dem Alten Testament. Wenn er schreibt, es sei faktisch so, dass wir den Texten des AT in

³ R. Feldmeier, R. Spieckermann, *Der Gott der Lebendigen*, Tübingen 2011, S. 9

⁴ Ebach bezieht sich damit auf einen Buchtitel von Frank Crüsemann: *Das Alte Testament als Wahrheitsraum des Neuen*, Gütersloh 2011



unserer Frömmigkeitspraxis einen minderen Rang im Vergleich zum NT zuerkennen und damit „fremdeln“, was man schon an der Versauswahl der Psalmen im Evangelischen Gesangbuch und der Auswahl der alttestamentlicher Predigttexte erkenne, so ist das eine unbelegte Behauptung. Man hätte schon vor zwei Jahren wissen können, dass eine Perikopenrevision innerhalb der evangelischen Kirche entsteht, die eine deutliche Aufwertung alttestamentliche Texte erbringt und in Vorabumfragen genau diese Wertschätzung des Alten Testaments innerhalb der Kirche bezeugt.⁵ Auf die Frage: Wie die Bibel im Gottesdienst zu Wort kommt, was gelesen wird und worüber gepredigt wird, erproben die evangelischen Kirchen seit dem 1. Advent 2014 bis zum Ewigkeitssonntag 2015 einen Entwurf zur Neuordnung der biblischen Lesungen und Predigttexte. Und in dieser Ordnung, viele von Ihnen werden es schon erlebt, gepredigt oder gehört haben, kommt eine Fülle von bisher unbekanntem Texten zu Gehör: vorrangig alttestamentliche. In der Einführung in den Erprobungsentwurf der neuen Perikopenordnung werden im Abschnitt über das Alte Testament Gründe für die „Aufwertung“ genannt: „Mit der Entwicklung des christlich-jüdischen Dialogs in den vergangenen Jahrzehnten hat sich auch eine neue Sensibilität für die Bedeutung alttestamentlicher Texte für das Verstehen der Christusoffenbarung, gleichzeitig aber auch eine neue Sensibilität für den Bezug dieser Texte auf das Judentum als ihr erster und bleibender Adressat ergeben.“⁶ Diese Sensibilität ist vermutlich der wirkungsvollste Versuch, jegliche antijudaistische Auslegungen zu verhindern.

Fast 40 Jahre nach der letzten Überarbeitung wird die Perikopenordnung jetzt behutsam weiterentwickelt, indem der Anteil alttestamentlicher Texte etwa verdoppelt wird.

Nach Einarbeitung der landeskirchlichen Voten und endgültiger Beschlussfassung über die neuen Texte soll am 1. Advent 2018 EKD-weit mit einem neuen Lektionar, einem neuen Perikopenbuch, neuen Wochenliedsammlungen und neuen Predigthilfen gestartet werden. Das heißt, von einem grundlegenden Abstand zum Alten Testament kann innerhalb des faktischen Umgangs mit jenen Texten in der Kirche keine Rede sein.⁷ Sondern es geht dezidiert darum, „den Tisch des Gotteswortes reicher zu bereiten“.⁸

Dieses Thema als Einleitung in den Bischofsbericht ist von mir nicht nur wegen seiner Aktualität gewählt worden. Es zeigt noch einmal deutlich, dass wir grundlegende Anfragen an die Kirche im theologischen Gespräch beantworten müssen. Viele Zukunftsfragen der Kirche sind in finanziellen und betriebswirtschaftlichen Aspekten diskutiert worden und werden auch fernerhin so behandelt. Aber sind sie auch ausreichend theologisch im Gespräch? Dabei gehört zu dieser theologischen Betrachtung nicht nur die wissenschaftliche Theologie.

⁵ Neuordnung der gottesdienstlichen Lesungen und Predigttexte, Hg. im Auftrag der Kirchenämter von EKD, UEK und VELKD, Hannover 2014, S. 25f

⁶ a.a.O., S. 6

⁷ N. Slenczka, a.a.O., S. 119

⁸ nach: Sacrosanctum Concilium (1963), Nr. 51



Aber auch und im Besonderen. Ich freue mich sehr, dass unsere Landeskirche das „Institut Kirche und Judentum“, welches seit fünf Jahrzehnten genau solche theologischen Fragen des Verhältnisses von Christentum und Judentum behandelt, durch eine Kollekte fördert und wünsche mir, dass wir diesem Institut an der Berliner Universität weiterhin verbunden bleiben. Dort muss auch zukünftig das mit geleistet werden, was wir in der Umsetzung unseres Synodalbeschlusses zur Verfassungsänderung für das Verhältnis Kirche und Israel beschlossen haben. Von dort muss auch für die nächste Generation der Theologiestudierenden das Signal hörbar bleiben, wie ein neues Verhältnis von Kirche und Judentum theologisch verantwortlich begründet und gestaltet werden kann.

Die wissenschaftliche Theologie bleibt für die evangelische Theologie unentbehrlich. Sie ist dabei etwas anderes als ein Bauplan oder eine Gebrauchsanweisung für den christlichen Glauben. Sie durchdenkt den Glauben, der aus der Begegnung mit dem Evangelium entsteht. Sie fördert diese Kommunikation des Evangeliums. Und zwar nicht einmalig dogmatisch, sondern fortwährend in einer kritischen Aufnahme gesellschaftlicher Veränderungen. Dabei gehört zur wissenschaftlichen Theologie gerade dazu, dass sie Traditionen kritisch „erkundet und erprobt, wie der christliche Glaube und das christliche Gemeinschaftsleben in neuer Weise gestaltet und positioniert werden kann.“⁹ Ich glaube, dass wir auch im Bezug auf das „Weiterdenken“ unserer Kirche in Aufnahme von Aktenstück 98 herausgefordert sind in den nächsten Jahren, auch noch in der Legislaturperiode dieser Landessynode, gemeinsame theologische Grundlinien zu diskutieren, wie wir uns die Kirche der Zukunft vorstellen. Diese Wertschätzung der wissenschaftlichen Theologie findet sich für mich auch bei einem zweiten Hauptthema dieses Bischofsberichtes:

II.1. Dem Verhältnis der Evangelischen Kirche zum Islam

Für mich war es ein wichtiges Ereignis, dass ich im Dezember in Osnabrück das Institut für Islamische Theologie besuchen konnte. Prof. Dr. Ucar begrüßte mich. Der Universitätspräsident Prof. Dr. Lücke kam hinzu. Wir trafen uns mit Mitarbeitern und Doktoranden, und es entstand ein interessanter Gedankenaustausch über Promotionsvorhaben und den Aufbau des Instituts. Im Anschluss gab es im kleinen Kreis ein Hintergrundgespräch über die Entwicklungen einer westlichen Form des Islam. Allein diese Bezeichnung klingt für manchen schon verdächtig. Dennoch liegt darin gerade die Spannung, ob und in welcher Weise sich traditionelle Formen der Koranauslegung oder die Reflexion der Rechtstraditionen, in welcher Form die Verhältnisbestimmungen zu anderen Religionen und die Entwicklung der muslimischen Ethik sich unter den Kriterien eines Wissenschaftsverständnisses an Deutschen Hochschulen verändern könnten. Es ist kaum zu überschätzen, dass mit den Instituten für Islamische Theologie in Deutschland an vier Standorten Muslime, aber eben auch andere religiöse oder religionslose Studierende die Gelegenheit haben, die Religion des Islam wissenschaftlich zu erkunden und zu reflektieren. Dieser große Bedarf für

⁹ EKD-Texte 104, Die Bedeutung der wissenschaftlichen Theologie in Gesellschaft, Universität und Kirche, Hannover 2009, S. 26



akademische Ausbildung bestand seit langem und man rechnet damit, dass der Aufbau des islamischen Religionsunterrichts in Deutschland Stellen für mindestens 2200 Religionslehrer eröffnet. Auch für weit über 1000 Imame in Deutschland, von denen viele nie eine akademische Ausbildung absolviert haben, bietet sich ein weites Feld der Aus- und Fortbildung.

Es war die Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU), unter der Zentren islamischer Theologie an vier Standorten 2010/11 in Münster/Osnabrück, Tübingen, Frankfurt/Gießen und Nürnberg-Erlangen entstanden. Im Zentrum stehen dabei in den Studienprogrammen alle relevanten Wissenschaftsdisziplinen des Islam, die Glaubensgrundlagen, Koranwissenschaft und Propheten-tradition sowie die islamische Jurisprudenz und ihre Methodenlehre.

Zudem geht es auch um theoretische und empirische Analysen des Islam in Deutschland und die Reflexion im Kontext anerkannter theologischer Wissenschaftstraditionen. Für mich sind die wissenschaftlichen Standards in der Auseinandersetzung mit den Texten der Religion, der Analyse des Rechtsdenkens, der Reflexion der religiösen Praxis wichtig für Lehrerinnen und Lehrer, die einen islamischen Religionsunterricht in unseren Schulen erteilen.

Diese Forderung nach wissenschaftlicher theologischer Debatte im und mit dem Islam wurde vertieft nach einer intensiven Begegnung mit Dr. Nekroumi vom Zentrum für Islamische Theologie an der Universität Münster. Wir hatten ihn eingeladen als Gast auf dem Ephorenkonvent vor drei Wochen zum Thema Koranhermeneutik (Verstehenslehre des Koran), eine seiner Forschungsschwerpunkte. Er bat uns dringend, die theologische Debatte mit dem Islam zu intensivieren und zu einem wissenschaftlichen Gespräch zwischen den christlichen und muslimischen Theologen zu kommen. Die Grundfragen für den Dialog zwischen dem Islam und dem Christentum brauchen einen breiteren interdisziplinären Austausch mit anderen konfessionellen Studiengängen, christlichen wie jüdischen, aber die islamische Theologie braucht auch eine Auseinandersetzung mit anderen Sozial- und Kulturwissenschaften im Kanon unserer Universitäten. Wir waren überrascht von der offensiven, werbenden Bitte unseres Gastes um einen theologischen Dialog und hörten darin deutlich, dass im universitären Kontext in Deutschland sich eine Form der Islamstudien entwickelt, die sich in theologischen, religionspädagogischen, ethischen und hermeneutischen Entwicklungen als eine Form des „westlichen“ Islam herausbildet. Diese Ansätze sind umso dringender, weil das Thema der Begegnung Islamkirche oder grundsätzlicher Islam – säkulare Gesellschaft von Vorurteilen tief getränkt ist und zu Formen von Ausgrenzungen und Diskriminierungen führt, die wir gesellschaftlich, aber auch als Christen und Christinnen in unserem Land nicht befürworten können. „Die modernen pluralistischen Gesellschaften stehen unter einem kategorischen Imperativ zum Dialog, weil die Verständigung zwischen den unterschiedlichen Basisorientierungen eine unentbehrliche Voraussetzung für das Leben in Freiheit und die gute Ordnung der Gesellschaft ist. Hier fällt den christlichen Kirchen und den Religionsgemeinschaften eine große Verantwortung zu. Christliche Theologie übernimmt dabei eine wissenschaftlich fundierte Reflexions- und Beraterfunktion.“ (EKD Text 104, S.13) So skizziert ein Text der EKD über die wissenschaftliche Theologie die Lage vor wenigen Jahren. Ergänzend müsste man heute hinzufügen: Konfessionelle Theologien und gerade nicht nur religionswissenschaftliche Studien übernehmen eine Reflexions- und Beraterfunktion, die uns hilft, die religiöse Pluralität unserer Gesellschaft



tolerant und friedlich zu gestalten. Und dorthinein gehören auch die Institute oder Zentren für Islamische Theologie.

Wenn man fragt, welche Bilder Menschen in Deutschland im Kopf haben, wenn sie das Wort „Islam“ hören, dann sind die Ergebnisse seit vielen Jahren eindeutig. Der Religionsmonitor der Bertelsmann Stiftung bestätigt, dass auf die Frage „Woran denken Sie beim Thema Islam?“ 70 Prozent, mit geringen Schwankungen über die Jahre, antworten: an Fanatismus. 80 Prozent sagen: an die Benachteiligung von Frauen. An Gewaltbereitschaft dachten bei einer Umfrage im Jahr 2010 über 60 Prozent, an die Achtung der Menschenrechte gerade einmal 6 Prozent, an Toleranz nicht einmal 5 Prozent der Befragten.¹⁰

Als in der Schweiz vor einigen Jahren eine Volksabstimmung abgehalten wurde zur Frage, ob es Moscheen erlaubt sein soll, ein Minarett zu bauen, entschied sich das Volk dagegen. Die Universität Münster hat daraufhin in Deutschland einmal die Frage gestellt: „Befürworten Sie den Bau von Moscheen und von Minaretten?“. Das Ergebnis war: 75 Prozent befürworten den Bau von Minaretten nicht, und zwei von drei Befragten befürworten auch den Bau von Moscheen nicht.¹¹ Man kann von daher die Prognose wagen: Wenn man in Deutschland das Volk fragen würde, ob Moscheen Minarette haben dürfen oder nicht, dann fiel die Entscheidung sehr wahrscheinlich negativ aus. Selbst die grundgesetzlich garantierte Freiheit, Moscheen zu bauen, ist wahrscheinlich nicht mehrheitsfähig. Gewalttaten die unter dem Namen des „Islam“ verübt werden, also islamistischer Terror, spielen in der Meinungsbildung dabei eine große Rolle trotz der friedliebenden muslimischen Mitbürger in Deutschland. Diese werden somit in eine Art sozialer Gefangenschaft getrieben von Menschen, die den Islam für Terror und Gewalt missbrauchen.

So ist die Stimmung im Land. Für alle, die mit „muslimischen“ Themen zu tun haben, sind solche Reaktionen eine alltägliche Erfahrung. Ein Kultusminister, wie vor einigen Jahren, oder ein Ministerpräsident, ganz aktuell, der ankündigt, dass er den islamischen Religionsunterricht einführen wird oder avisiert, für kopftuchtragende Lehrerinnen Modellversuche in niedersächsischen Schulen zu ermöglichen, bekommt Ärger. Wenn ich den Begriff „Islamische Glaubensgeschwister“ benutze, nur um darin eine Wertschätzung für eine andere monotheistische Religionsgemeinschaft auszudrücken, empfangen ich 50 Hassmails. Man muss sich klarmachen, dass die allgemeine Gewöhnung an eine konfessions- oder religionslose Gesellschaft immer selbstverständlicher akzeptiert wird. Und auf dieser Folie einer neuen Religionslosigkeit alle religiös dezidierten Haltungen zuerst einmal verdächtig werden. Vieles, was mit dem Thema „Islam“ zu tun hat, wird von einer großen Empörung begleitet. Und Formen der öffentlichen individuellen Religionsausübung, zu der auch das Tragen der Burka gehört, die verfassungsrechtlich garantiert sind, werden gesellschaftlich

¹⁰ Quellen: E. Noelle/Th. Petersen, Eine fremde, bedrohliche Welt, F.A.Z., 17.5.2006, 5; Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hg.), Muslimisches Leben in Deutschland. Im Auftrag der Deutschen Islam-Konferenz. Forschungsbericht 6, Nürnberg 2009; D. Pollack u.a., Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt. Bevölkerungsumfrage des Exzellenzclusters „Religion und Politik“, Universität Münster, 2011; D. Pollack/O. Müller, Religiosität und Zusammenhalt in Deutschland [Bertelsmann Religionsmonitor 2013], Gütersloh 2013.

¹¹ Pollack u.a., Wahrnehmung



als Angriff auf unseren Wertekanon verstanden. Bemerkenswert ist, dass die Stimmung in Deutschland signifikant schlechter ist als in vielen europäischen Nachbarländern. Die Universität Münster hat vor einiger Zeit in einer viel beachteten Studie die Stimmung in Deutschland, Dänemark, Frankreich, Holland und Portugal erfragt. „Meine Haltung zu Muslimen ist negativ“, sagen in Deutschland etwa 60 Prozent der Befragten. In den Nachbarländern ist es nur etwa jeder Dritte. Die Stimmung in Deutschland ist demnach beinahe doppelt so schlecht wie in den Vergleichsländern.

Noch eines ist interessant an der Münsteraner Studie. Die negativste Stimmung wurde in Ostdeutschland gemessen (62 Prozent). Das ist bemerkenswert – denn in Ostdeutschland leben so gut wie keine Muslime. Die meisten Vorbehalte gegen Muslime gibt es dort, wo man von ihnen nur in der Zeitung liest, sie aber nicht als Nachbarn kennt oder als Arbeitskollegen. Der Leiter der Studie, Detlef Pollack, hat das seinerzeit optimistisch interpretiert. „Je öfter man Muslime trifft, desto eher sieht man sie generell positiv“.¹²

II.2. Wo stehen wir als evangelische Kirche in unserem Verhältnis zum Islam?

Der christlich-islamische Dialog ist lebendig. Er ist umfassender, präziser, aber auch komplexer geworden in den letzten 40 Jahren, so hat es der EKD-Referent für interreligiösen Dialog, Dr. Detlef Görrig, beschrieben. Der christlich-islamische Dialog ist – verstärkt durch „Nine Eleven“, Islamistischen Terror, Charlie Hebdo – in den Fokus der kirchlichen, politischen und gesellschaftlichen Aufmerksamkeit gerückt. Gleichzeitig haben sich die Möglichkeiten des Dialogs im Blick auf Sprache, Integration und Bildung, nicht zuletzt auch durch die gestiegene Zahl der Muslimas und Muslime in unserem Land verbessert. So ist der kirchliche Dialog mit Muslimen inzwischen zu einem Querschnittsthema unserer Arbeit geworden, wenn wir auf die Bereiche Bildung, Religionsunterricht, Amtshandlungen, Stadtteilarbeit, Diakonie, Seelsorge, Kindergärten oder Pflegeheime schauen.

Zwischen dem Anfang der kirchlichen Auseinandersetzung und dem heutigen Stand liegen Welten. Es war ein zögerlicher Anfang vor 50 Jahren, als sich kirchliche Gremien des Themas „Dialog mit dem Islam“ bzw. „Dialog mit anderen Religionen“ annahmen. Die EKD-Handreichung „Moslems in der Bundesrepublik“ von 1974 mit den Stichworten Parallelgesellschaft und Gefahr der Ghettoisierung erscheint heute teilweise unbeholfen bis peinlich. Doch die Dynamik dieses Dialogs ist rasant. Die EKD-Handreichungen „Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland, Gestaltung der christlichen Begegnung mit Muslimen“ aus dem Jahr 2000 und „Klarheit und gute Nachbarschaft. Christen und Muslime in Deutschland“ von 2006 sind zwei wichtige Schritte darin. Letztere ist geprägt durch die Terroranschläge in Washington, New York, Madrid und London und den daraufhin erklärten Kampf gegen den Terror. In wenigen Wochen erscheint jetzt der „Dialogratgeber zur Förderung der Begegnung zwischen Christen und Muslimen“, der von der EKD und dem

¹² Christen und Muslime in Niedersachsen. Mitteilungen 11, 2010, 3.



Koordinationsrat der Muslime erarbeitet wurde. Wie wird ein Dialog auf Augenhöhe aussehen, wie können religiöse und kulturelle Zuschreibungen reflektiert werden, und wie gehen wir mit Bibel und Koran um? Diese Fragen werden darin behandelt und mit praktischen Vorschlägen geht es dann – 41 Jahre nach der ersten Handreichung – um Moscheen und Kirchen, Kitas, Schulen, Krankenhäuser, Alten- und Pflegeheime.

II.3. Integration

Die Integration der Muslime ist ein Schwerpunkt geworden. Es geht zurzeit um einen möglichen Staatsvertrag in Niedersachsen, um das Tragen des Kopftuchs in den Schulen, um muslimische Seelsorge, um islamischen Religionsunterricht und vieles mehr. 2006 formuliert die EKD: „Der evangelischen Kirche wäre es willkommen, wenn der Islam als eine Religion mit über drei Millionen Anhängern in Deutschland als humanisierende Kraft in dieser Gesellschaft wirksam würde“ (2006, 23) und: „Zu wünschen ist ..., dass die Religionsgemeinschaften ihr Verhältnis zu Staat und Gesellschaft öffentlich und nachvollziehbar darlegen und erkennbar machen, wie es die evangelische Kirche getan hat.“ (2006, 25). Und aktuell heißt es: „Als Christinnen und Christen bejahen wir, dass anderen Religionen die gleichen Rechte der Glaubensfreiheit zukommen. Wir wollen unseren Beitrag zu einer offenen Bürgergesellschaft leisten, nicht zuletzt als Dienstgeber.“ Alle diese Aspekte bleiben im Dialog mit den muslimischen Gemeinden im Fokus der Integration.

II.4. Theologische Fragen

Theologische Fragen müssen geklärt werden. Der Islam wird auf evangelischer Seite als eine eigenständige Weltreligion angesehen, die Respekt verdient und mit der das Gespräch geführt werden muss. Es ist ein Gespräch zwischen zwei gleichwertigen und gleichberechtigten Religionen. Wie wir theologisch dieses Verhältnis in einer Religionstheologie beschreiben, bleibt eine Aufgabe, da der eigene missionarische Impuls unseres Glaubens gegenüber dem Islam ja nicht verschwiegen werden kann. Zugleich möchte ich davor warnen, den Dialog mit dem Islam vorschnell in einen Dialog mit dem Judentum zu verbinden. Es gibt innerhalb der monotheistischen Religionen eine Fülle von Bezugnahmen und theologischen Implikationen, die den Dialog vertiefen und Gemeinsamkeiten beschreiben. Aber die Verbindung zwischen Judentum und Christentum ist eine vollständig andere als die zwischen dem Christentum und dem Islam.

Eine konkrete Folge der theologischen Klärung sind multireligiöse Feiern, die inzwischen fest etabliert sind. Multireligiöse Feiern sind sinnvoll und in manchen Situationen geradezu erforderlich, und zwar besonders dann, wenn das große, religionsübergreifende „Wir“ eines Gemeinwesens betont werden soll. Eine Trauerfeier nach einem Amoklauf, bei dem Christen und Muslime zu Tode gekommen sind, muss sich an Christen und Muslime gleichermaßen wenden. Ein Staatsakt anlässlich des Todes von christlichen und muslimischen Soldaten der Bundeswehr in einem Auslandseinsatz kann nicht anders als multireligiös sein. So ist es auch in der Schule. Überall dort, wo der Anteil der muslimischen



Schülerinnen und Schüler einen bestimmten Prozentsatz übersteigt und wo es engagierte muslimische Lehrerinnen und Lehrer, Eltern oder gar Imame gibt, ist es sinnvoll, die Einschulungsfeiern nicht wie bisher als christliche Gottesdienste zu feiern, an denen Muslime teilnehmen können, wenn sie denn wollen, sondern sie gemeinsam mit Muslimen als multireligiöse Feiern zu konzipieren.

II.5. Gewalt und Terror

Schon in der Handreichung von 1974 wird die folgende Aufgabe formuliert: „Besonders wichtig wird es sein, dass Christen und Kirchen bei der Meinungsbildung in der deutschen Öffentlichkeit mitarbeiten – dies umso mehr, wenn sich die bereits latent vorhandene Ablehnung der Ausländer und vor allem der Moslems verstärkt.“ Durch die Terrororganisationen „Islamischer Staat“, Boko Haram und durch die Terroranschläge wird in der öffentlichen Wahrnehmung mit dem Islam Gewalt verbunden. Ulrich Greiner schrieb in der ZEIT: „Für die Kulturrelativisten ist der Islam ein ähnliches Übel wie das Christentum. Dieses kennen sie, jenen kaum. Deshalb schien ihnen eine Weile lang die muslimische Einwanderung nach Westeuropa als belebendes, die hiesigen Verhältnisse angenehm aufmischendes Element. Multikulturelle Welt! Endlich Schluss mit dem dumpfen Teutonentum! Dass dies ein Irrtum war, dringt allmählich sogar in die Köpfe der Ideologen. Immer mehr zeigt der Islam jene kriegerische Seite, die von Beginn an eines seiner Merkmale war. Das Schreckensbild einer ‚Islamisierung‘ mag zwar für Dresden absurd erscheinen, doch jede Tagesschau zeigt, dass es sie gibt. [...]“¹³ Solche pauschale Einschätzung befördert simple Zuweisungen an „den Islam“, die in der allgemeinen Meinungsbildung prägend werden: Islam = Gewalt.

Muslimische Gelehrte hingegen haben eine Erklärung gegen den IS veröffentlicht, in dem sie in 24 Thesen darlegen, dass der IS tut, was im Islam verboten ist. Daraus nur eine These: (10) „Es ist im Islam verboten, Christen und anderen ‚Schriftbesitzern‘ zu schaden oder sie zu misshandeln, in welcher Weise auch immer.“ Diese Thesen geben die Mehrheitsmeinung unter Muslimen, auch in Deutschland, wieder. Sie widersprechen klar der Aussage radikaler Muslime, dass der Islam und die westliche Demokratie unvereinbar seien. Dazu der Religionsmonitor: „Der Aussage, dass die Demokratie eine gute Regierungsform ist, stimmen 90 % der hochreligiösen sunnitischen Muslime zu. Dies entspricht auch dem Zustimmungsggrad der mittel- und weniger religiösen Sunniten.“¹⁴

II.6. Herausforderungen

Welche Herausforderungen sehe ich konkret für die Weiterentwicklung des Verhältnisses zu den muslimischen Partnern?

¹³ Die ZEIT, Nr. 4/2015, 22. Januar 2015, S. 52

¹⁴ Bertelsmann Stiftung [Hg.], Religionsmonitor. Sonderauswertung Islam 2015, S. 4



1. Es gilt, gemeinsam für die Fortschreibung des vorhandenen kooperativen Modells zwischen Staat und Religionsgemeinschaften einzutreten, welches einerseits die Selbstständigkeit der Religionsgemeinschaften gegenüber dem zur Neutralität verpflichteten Staat erlaubt und andererseits auch die Erkennbarkeit von Religion im öffentlichen Raum ermöglicht.
2. Wir müssen uns um eine verstärkte Diskussion der theologischen Grundfragen des christlich-muslimischen Gesprächs durch die akademische Theologie bemühen. Dazu helfen gemeinsame Veranstaltungen mit den Instituten für Islamische Theologie, aber auch – wie seit 10 Jahren erfolgreich entwickelt – die Fortsetzung des Hauses der Religionen in Hannover.
3. Die Weiterentwicklung der Formen multireligiöser Feiern, wie sie zurzeit in Hildesheim am Evangelischen Zentrum für Gottesdienst und Kirchenmusik und dem Religionspädagogischen Institut Loccum erarbeitet werden. Im Herbst soll in der Reihe „Gemeinsam Gottesdienst gestalten“ Band 27 zu „Religiösen Feiern in der Schule“ erscheinen.
4. Die Weiterentwicklung der Formate für christlich-muslimische Eheschließungen. Die Handreichung der bayrischen Landeskirche, die 2012 für christlich-muslimische Trauungen erschienen ist, kann dabei wegweisend sein.¹⁵
5. Die Seelsorge im multireligiösen Kontext (mit unserem Projekt „Seelischer Beistand für muslimische Patienten“ u.a.; Qualitätsentwicklung in der Seelsorge allgemein, im Krankenhaus, Gefängnis, Notfall, auf mittlere Sicht auch in der Bundeswehr), muss weiter gefördert werden. Allerdings gehört dazu auch die klare Differenz zu kommunizieren, die zwischen muslimischen Seelsorgekonzepten und der christlichen Seelsorge besteht.
6. Fortentwicklung der Bildung im multireligiösen Kontext. Die Förderung der interreligiösen und interkulturellen Kompetenz von Erzieherinnen und Erziehern, Lehrern und Lehrerinnen, Pastorinnen und Pastoren sollte möglichst schon im Studium beginnen. Seit dem Sommersemester 2011 bietet unser Beauftragter für Kirche und Islam, Prof. Dr. Wolfgang Reinbold, auf Wunsch der Universitäten Hannover und Göttingen regelmäßig Seminare zum christlich-muslimischen Dialog an.
7. Ausnahmeregelungen für die Einstellung von Muslimen in evangelischen Einrichtungen gibt es schon. Aber auf welcher Grundlage entstehen sie und wie können sie kommuniziert werden?
8. Eventuell könnte ein regelmäßiges Treffen von leitenden Geistlichen der monotheistischen Religionen in Niedersachsen eingerichtet werden, ähnlich wie die niedersächsische ökumenische Bischofskonferenz.

¹⁵ Ein überzeugtes „Ja“. Praxishilfen für christlich-muslimische Trauungen. Eine Handreichung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, München 2012



III. Irritationen in der Demokratie

Am Montag waren es immerhin noch 3000 Personen, die in Dresden auf die Straße gingen. Diese Bewegung hat in den Monaten seit unserer letzten Landessynode Grundfragen unserer Gesellschaft intensiviert: Pegida. Es gibt fremdenfeindliche, rassistische, hetzerische Äußerungen und eine erkennbare Einmischung Rechtsradikaler in dieser Bewegung. Und zugleich sammeln sich in dieser Bewegung und ihrer Ableger Menschen aus den unterschiedlichsten Milieus, die sich eher generell und zumeist diffus gegen die politische Kultur in unserer Demokratie auflehnen.

Die Versuche, Pegida und die Ableger zu deuten, werden kein abschließendes Ergebnis haben. Wissenschaftler der unterschiedlichsten Fachrichtungen streiten sich über das Phänomen, und die Bandbreite der „Deuter“ ist groß. Dass darin auch eine Anfrage an unsere demokratischen Grundlagen steckt, zeigt Jochen Bohl, Landesbischof unserer Partnerkirche in Sachsen. Dort wird er nur noch für einige Monate Bischof sein, weil er im Juni in den Ruhestand geht. Anfang des Jahres schrieb er angesichts von einer Vielzahl schriftlicher Äußerungen zu Pegida: „Als Empfänger der Zuschriften steht man unter dem Eindruck einer politischen Unbildung, die geradezu erschauern lässt. Vielen der Briefschreiber ist völlig unklar, wie das politische System der Bundesrepublik funktioniert, welche Aufgaben die einzelnen Organe des Staates in ihrem Zusammenwirken haben und welche Bedeutung der Kompromiss in der Demokratie haben muss. Offenkundig ist auch, dass viele schon seit langem nicht mehr zu den Wahlen gehen; in dieser Hinsicht wird man die Pegida-Demonstrationen als eine politische Beteiligungsform derer verstehen können, die mit der repräsentativen Demokratie nichts anzufangen wissen – ein Alarmzeichen.“ Ich zitiere weiter: „Ein zweiter Erklärungsversuch bezieht sich auf die ausgeprägte Institutionenschwäche, die für Ostdeutschland signifikant ist. Die DDR war ein Staat mit starren Institutionen, auf die es keinen bürgerschaftlichen Einfluss gab und insofern ging es nach 1990 darum, sich von ihnen zu befreien. Das gelang, aber geblieben sind weithin Leerstellen. Nicht nur die Kirchen haben viele Menschen verloren, auch alle anderen gesellschaftlichen Institutionen vermögen es nur unzureichend, Menschen zu binden. Die Parteien in Sachsen haben bestürzend wenige Mitglieder, wie auch die Gewerkschaften. Die mächtige IG Metall musste 2003 die Erfahrung machen, dass ein Metallarbeiterstreik in Sachsen zusammenbrach. Die großen überregionalen Tageszeitungen werden nicht gelesen, den Innungen gehören nur wenige Handwerksbetriebe an, die Familienformen sind zerbrechlich, mehr als zwei Drittel der Kinder werden nichtehelich geboren. Insofern war es durchaus bezeichnend, dass bei Pegida gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk agitiert wurde – warum soll jemand, der das Privatfernsehen bevorzugt, an die GEZ zahlen? Vielen Bürgerinnen und Bürgern fehlt jedes Verständnis für die unentbehrliche Funktion der Institutionen, das Überindividuell-Gemeinschaftsstiftende zu gestalten und zu stärken.“

Wenn wir eine Umfrage unter leitenden Kirchenpersönlichkeiten in Deutschland machen würden, wäre das Ergebnis klar: Die Kirchen befürworten die Demokratie als Staatsform. Noch mehr: Sie würden sich für die Demokratie einsetzen und sie verteidigen. Es gilt aber auch die schlichte Erkenntnis, dass sich das



Christentum in der weitaus längsten Zeit seiner Geschichte in nicht-demokratischen Staatsformen bewegt hat. Es hat sich mit diesen auseinandergesetzt und sich in diesen bewähren müssen und tut es teilweise bis heute. Deshalb war es ein so wichtiges Zeichen, dass wir vor 60 Jahren – wir erinnern es in wenigen Tagen offiziell mit dem Ministerpräsidenten Weil – den Loccumer Vertrag verabschiedeten, der das Verhältnis zwischen einem demokratischen Staat und der evangelischen Kirche festhält.

Für die Entwicklung nach 1945 ist deutlich, dass Kirche und Theologie fast ohne Referenzpunkte ihr Verhältnis zum demokratischen Rechtsstaat formulieren mussten. Das machte Schwierigkeiten. Einen ersten Aufschlag wagte in seinem Aufsatz „Christengemeinde und Bürgergemeinde“ Karl Barth 1946, indem er eine steile Begründung der Demokratie vornahm. Mittels der These von der Gleichnisfähigkeit und Gleichnisförmigkeit des politischen Wesens für das Reich Gottes band er demokratische Normen wie Gleichheit, Freiheit, Gewaltenteilung ohne Umschweife auf Glaubensinhalte zurück. Im Zentrum standen dabei der biblische Bundesgedanke sowie die Differenz zwischen dem göttlichen Souverän und dem menschlichen Subjekt als dem ihm dienenden Bundesgenossen. Allerdings war in dieser zugespitzten Verhältnisbestimmung noch manche sehr grobe Unschärfe, so wendet sich Barth strikt gegen politische Parteien, er nennt sie „eines der fragwürdigsten Phänomene des politischen Lebens, keinesfalls seine konstitutiven Elemente, vielleicht von jeher krankhafte, auf jeden Fall nur sekundäre Erscheinungen“ und bemerkt mit Ironie: Man könne selbstverständlich als Christ ebenso in der Diktatur in den Himmel wie in der Demokratie zur Hölle fahren. Stilbildend war dabei, dass Barth weniger auf demokratische Strukturen, Verfahren oder gar die Zivilgesellschaft abhob, sondern auf die normativen Tatbestände rekurrierte, also Sätze, die im Grundrechtekatalog der Verfassung vorlagen. Dabei standen die Menschenwürde und der Rechtsstaatsgedanke im Mittelpunkt. Die innere Würdigung der Demokratie aus dem Geist des Christentums folgt für Barth, übrigens auch schon bei Bonhoeffer, aus der Angemessenheit von Menschenwürdegarantie sowie aus einem Verantwortungsethos, das alle Bürgerinnen und Bürger zum Erhalt der Ordnung verpflichtete.

In dem Gemeinsamen Wort des Rates der EKD und der DBK zur Zukunft unseres demokratischen Gemeinwesens „Demokratie braucht Tugenden“ von 2006 heißt es: „Die Kirchen in Deutschland haben einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, dass die Demokratie nach dem Ende des Nationalsozialismus als chancenreichste Staatsform begriffen und verwirklicht wurde und dass die Ordnung des Grundgesetzes von den Bürgerinnen und Bürgern auch als Werteordnung akzeptiert und bejaht wird.“ Und: „Die Kirchen werden auch in Zukunft für die freiheitliche Demokratie des Grundgesetzes eintreten, weil diese in besonderer Weise dem christlichen Menschenbild entspricht.“

Schon der Titel des Gemeinsamen Wortes „Demokratie braucht Tugenden“ zeigt, dass die Demokratie in Deutschland in einer Krise steckt: „Unser demokratisches Gemeinwesen steht vor Aufgaben, die mit Routinepolitik nicht zu bewältigen sind. Erschüttert ist die Vorstellung, alle Einzelinteressen fügten sich harmonisch zum Gemeinwohl, überließe man sie nur der unsichtbaren Hand des Marktes oder der sichtbaren Hand des Staates. Seit Jahren wird intensiv



diskutiert, was zu tun ist. Aber die Wahrnehmung der Herausforderungen und die lebhafteste Auseinandersetzung darüber, wie diesen zu begegnen sei, haben unser Land noch nicht wirklich in Bewegung gesetzt.“

Die Kirchen, so das Gemeinsame Wort, sehen ihren Auftrag und ihre Kompetenz „vor allem darin, für eine Wertorientierung in der Politik einzutreten, in deren Zentrum die Würde jedes Menschen, die Achtung der Menschenrechte und die Ausrichtung am Gemeinwohl stehen.“

Dass die Kirchen ohne Wenn und Aber die Demokratie bejahen und bereit sind, sie gegen Feinde zu verteidigen und vor Gefahren zu schützen, hat seinen Grund darin, dass moderne freiheitliche Demokratien und der christliche Glaube zentrale Werte teilen. „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“. Das Bekenntnis „zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt“ (Art 1 (2)) zeigt ein Menschenbild, das sich direkt mit den Geboten zur Nächsten- und Feindesliebe parallelisieren lässt und in der Gottebenbildlichkeit wurzelt. Das christliche Menschenbild, dass jeder Mensch eine von Gott geliebte Person ist, verbinden wir heute direkt mit den Aussagen des Grundgesetzes: die freie Entfaltung der Persönlichkeit, das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, das Recht auf Freiheit, die Gleichberechtigung von Männern und Frauen, die Religionsfreiheit etc.

Wir verhalten uns oft so, als sei die Demokratie eine Regierungsform, die die Garantie ihres Erfolges in sich trägt. Das ist falsch. Dass es zur Demokratie keine akzeptable Alternative gibt, bedeutet eben nicht, dass wir uns einfach darauf verlassen können, die Demokratie werde es schon schaffen, wie auch immer wir mit ihr umgehen. (S. 16) Diese Warnung ist hoch aktuell. „Freiheitliche Institutionen“, so heißt es weiter, „so klug sie auch entworfen sein mögen, können nicht aus sich heraus das notwendige Minimum an Gemeinwohlorientierung demokratischer Politik gewährleisten.“ (S. 16) Um ihre Funktionen am Leben zu erhalten, sind bestimmte Tugenden der politisch Handelnden und letzten Endes aller Bürgerinnen und Bürger nötig. Politisches Handeln muss das Wohl der Gesamtheit bedenken. Dabei muss das Handeln aller, nicht nur der Politiker, im Blick sein: „Alle müssen über die Grenzen ihrer jeweiligen Rollen hinaus sehen und denken“ (S. 19) Wir erkennen, dass wir als Kirche stark die Allianz mit der Politik suchen, dass wir die Staatsform und seinen Inhalt debattieren, aber doch sehr im Gegenüber Staat – Kirche. Die Verhältnisbestimmung Kirche – Zivilgesellschaft kommt eher weniger in den Blick. Bischöfliche Aufforderungen, zur Wahl zu gehen, sind es sicher nicht. Wir schauen auf die Gruppen, die für die Zukunftsfähigkeit des Demokratiekonzeptes stehen, also die Bürger, die Politiker und die Journalisten. Wo sind wir im Gespräch mit diesen Menschen als Kirchen? Reflektieren wir unsere Position? In allen drei Begegnungen muss neu nachgedacht werden über die Rolle, die die Kirche spielt, um das demokratische Gemeinwesen zu stärken. Ich glaube, wir sind in der Begegnung mit Politikern, Politikerinnen und Verbänden als Gesprächspartner etabliert. Die Diskussionskultur ist weit entwickelt. Sie wird in einem kritischen und achtsamen Umgang gepflegt. Parlamentarische Abende, regelmäßige Begegnungen mit den Fraktionen des Landtags, neu aufgenommen auch die Begegnung mit den Bundes-



tagsabgeordneten der Fraktionen, die aus Niedersachsen kommen, auch die Kommunikation mit Landräten, mit Vertretern des Niedersächsischen Städtetags und dem Städte- und Gemeindetag haben sich etabliert. Doch wie bedenken wir unser Verhältnis innerhalb der Zivilgesellschaft?

Die Rolle der Kirche bei der friedlichen Revolution 1989 in der DDR hat Merkmale für das Überleben der Demokratie in der Opposition fixiert. Einige dieser Erfahrungen sind wichtige Erinnerungen für unsere Aufgabe heute. Dazu gehörten das kirchliche Bewusstsein einer Differenz zum Staat sowie die Existenz der Kirche als eigene Institution, die Positionen entwickelt, diese vertritt und in ihren Möglichkeiten auch realisiert.

Die Kirchen halten die Wahrheitsfrage offen, indem sie eine Wahrheit proklamieren und öffentlich vertreten. Ein demokratisches Gemeinwesen, welches sich von dem Ringen um Wahrheit suspendiert, wird sich in einer diffusen Vielfältigkeit verlieren. Das Ringen um Positionen und Werthaltungen bleibt eine Aufgabe kirchlicher Verkündigung in unserer Gesellschaft. So muss die Kirche ihre Verantwortung für sozialetische Themenfelder ernst nehmen. Diese Themen sind „Brücken“, sie verbinden Kirche und gesellschaftliche Gruppen und schaffen wirkungsvolle Netzwerke. Zugleich hat die Kirche eine einzigartige Stärke in der Pflege einer Erinnerungskultur. Die Sicherung eines Gemeinwesens aus der Vergewisserung und kritischen Reflexion ihrer Geschichte obliegt den Christinnen und Christen in besonderer Weise. Erst daraus lassen sich Modelle für ein verantwortliches Handeln in der Zukunft entwickeln.

Volkskirchliches Selbstverständnis: ein Bewusstsein in der Kirche, offen für alle Bürgerinnen und Bürger im Land zu sein. Unabhängig zur tatsächlichen Mitgliederzahl bleibt unsere Botschaft universal. Die Friedensgebete in Leipzig und anderswo zeigten eine Kirche, die gastlich gegenüber allen war, die zu ihr kamen. Der Freiraum, den die Kirche bildet, steht für andere offen.

Menschen: Kirche hat engagierte, teils sogar charismatische Persönlichkeiten in ihren Reihen, die Botschaften entwickeln und Themen voran- und nach außen tragen. Auch Demokratie lebt aus der symbolischen Repräsentanz einzelner Botschafter und Botschafterinnen. Ihre Leitbild-Funktion sollte nicht in eine evangelische Demutzwangsjacke geschnürt werden.

Joseph von Eichendorff sagte 1832 beim Hambacher Fest: „Keine Verfassung garantiert sich selbst.“ Es war ein Aufbruchssignal: Wir sind als Kirchen in unserem Handeln und unserer Verkündigung dem Staat nicht dienstbar, aber wir legen in unserem Tun auch den Grundwertekatalog der Verfassung mit aus, sichtbar und hörbar. So erinnern wir den Staat an seine Verpflichtungen.

IV. Notizen aus der „Provinz“ (Achtung: Ironie)

In einem Bestseller hat der Journalist Doug Sanders vor vier Jahren auf eine Entwicklung aufmerksam gemacht, die in ihrer Größenordnung und Dynamik von den meisten unterschätzt worden ist. Unter dem Titel „Arrival City“ skizziert er das Phänomen der weltweiten Migration, die ein Ausmaß angenommen



hat, wie es vor wenigen Jahren noch unvorstellbar gewesen ist. Die Flüchtlingsbewegung, mit der wir in Europa konfrontiert werden, ist dabei noch ein überschaubarer Teil dieser weltweiten Migrationsbewegung insgesamt. Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg befanden sich im Jahr 2013 mehr als 50 Millionen Menschen nach Auskunft des UNHCR auf der Flucht. Die Gründe sind zahlreich. Neben der Bedrohung an Leib und Leben, der Flucht aus Krisen- und Kriegsgebieten spielen auch die mangelnde medizinische und Bildungsversorgung sowie Hungerkatastrophen eine entscheidende Rolle. 9 von 10 Flüchtlingen (86%) leben in Entwicklungsländern und 50% der Flüchtlinge weltweit waren 2013 Kinder – der höchste Anteil im letzten Jahrzehnt. Afghanistan und Syrien stellen die größten Flüchtlingsgruppen mit jeweils fast 2,5 Millionen Menschen. Es folgen Somalia, der Sudan und die Demokratische Republik Kongo. Neben den 2,5 Millionen Menschen, die Syrien verlassen haben, befinden sich innerhalb des Landes mehr als sechs Millionen Menschen auf der Flucht. Unvorstellbare Zahlen, und das heißt ein unvorstellbares Maß an Not und menschlicher Tragödie. Die Anziehungsorte für die Menschen, die ihre Länder verlassen oder innerhalb des Landes flüchten, sind fast immer städtische Regionen. Es ist weltweit eine Bewegung, die in die großen Städte geht. Sanders schreibt: „Wir werden gegen Ende dieses Jahrhunderts eine ganz und gar urbane Spezies sein. Diese Bewegung erfasst eine bisher noch nie dagewesene Zahl von Menschen – zwei oder drei Milliarden, ein Drittel der Weltbevölkerung – und wird nahezu alle Menschen auf spürbare Weise betreffen.“ Diese Menschen sammeln sich in großstädtischen Kontexten. Und fast prophetisch fügt er an: „Diese Übergangsräume – die Ankunftsstädte – sind die Orte, an denen sich der nächste große Wirtschafts- und Kulturboom oder die nächste große Explosion der Gewalt ereignen wird. Was sich letztlich durchsetzt, hängt von unserer Fähigkeit, solche Entwicklungen wahrzunehmen, und von unserer Bereitschaft zum Engagement ab.“

Die fehlende globale Gerechtigkeit wird in ihren konkreten Auswirkungen in dieser Wanderungsbewegung sichtbar. Deshalb ist und bleibt die Frage der Flüchtlinge in Niedersachsen nicht nur ein nationales oder europäisches Thema, sondern ein weltweites Thema. Ich sage das nicht, um Angst zu machen. Doch die Dimension und Komplexität dieses Thema verführt schnell zu fahrlässigen Vereinfachungen. Die Lösung, die den Umgang mit Flüchtlingen in Deutschland so befriedet, dass alle damit leben können, wird es nicht geben. Warum nicht? Auch weil wir – trotz aller Fantasie über Globalität – provinziell denken und leben. Und in dieser Provinzialität werden wir durch Fremdheitserfahrungen irritiert.

Für mich bleibt die Kirche auf zwei Ebenen besonders glaubwürdig: Die deklamatorische Kritik an der jetzigen Flüchtlingspolitik zu wiederholen, ist das eine, aber überzeugender ist für mich, wenn es verstärkte Initiativen in der Ökumene gibt, in den betroffenen Ländern zu investieren, aus denen Menschen fliehen. Kein Mensch ist freiwillig auf der Flucht. Wir müssen mehr investieren in den Ländern, die betroffen sind.

Die am Sonntag zu Ende gegangene 12. Synode der EKD hat auf ihrer 1. Tagung die Beschlüsse der europäischen Staats- und Regierungschefs auf ihrem Sondergipfel in Brüssel zur Flüchtlingspolitik deutlich kritisiert. Sie hat den Rat



der EKD gebeten, sich gegenüber der Bundesregierung und den europäischen Institutionen dafür einzusetzen, dass u.a. aktiv an Alternativen zum problematischen „Dublin“-System gearbeitet wird, um eine verantwortungsvolle europaweite Lösung für eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge zu entwickeln und mehr legale Wege für Schutzsuchende in die EU zu eröffnen.

Und zweitens, hier bin ich stolz auf meine Landeskirche: Wir helfen vor Ort hier in Deutschland, wo Not ist. Wir helfen in der Beratung, der Begleitung, der ehrenamtlichen Beschäftigung, der Bildung, der Wohnortsuche. Da geschieht viel, sehr viel. Und wir sind professionelle „Vernetzer“, es gibt gute Kontakte zu den Ausländerbehörden, den Landräten, den Gemeinderäten, zur Landesregierung, den Verbänden. Hier sind wir gute Akteure, die Räume, Zeiten, Kompetenz, Personal (haupt- und ehrenamtlich) anbieten können. An diesem Punkt stellen wir seit vielen Monaten unsere Kompetenz unter Beweis. Eine Anstrengung, die aus dem christlichen Glauben ihr Grundmotiv erhält. In wenigen Wochen werden vermutlich auch Flüchtlinge in der Haarstraße einziehen, weil wir einen Teil der Bischofswohnung an die Stadt vermietet haben für die Belegung zu diesem Anlass.

V. Kein Halleluja

Ich halte meinen Bischofsbericht heute am 8. Mai. Es gibt viele Gedenktage. Dieser Tag bleibt als der Tag der Befreiung innerhalb unseres Landes tief eingeschrieben. Vor 70 Jahren endete der Zweite Weltkrieg. Es endeten an diesem Tag die Herrschaft des Nationalsozialismus und damit der brutale Terrorraum vom 1000-jährigen Reich. Wir sind behaftet in Deutschland mit dieser Geschichte. Die Antworten auf die 12 Jahre nationalsozialistischer Herrschaft prägen unser Nachdenken, sie prägen unsere Kultur, unser Recht, unsere Politik. Sie formen unser ethisches Bewusstsein, sie beeinflussen unser theologisches Denken. Sie bestimmen unser Verhältnis zu den Ländern, die von Deutschland aus mit Krieg überzogen wurden. So sind wir als Kirchen bleibend herausgefordert, der Opfer zu gedenken und gegen jede Form des Nationalismus sensibel zu sein. Die glaubwürdigste Stimme an diesem Tag ist die Stimme der Opfer. Nelly Sachs, die überlebende jüdische Autorin, die Literaturnobelpreisträgerin schreibt an die Sänger Israels:

Die Toten, die schweigenden Herolde rufen euch!
Sänger Israels, was zögert ihr?
Längst ist der Strick zerrissen
Der Eimer im Brunnen ertrunken –
Die güldene Schale zerbrochen.
Töpfer, bildet Krüge aus neuem Ton
O ihr Sänger der Erde,
Fischer auf der Brücke zwischen Nacht und Dämmerung,
wo ist Israel mit seinem Fang aus Tränenmeer?
Davids liebliche Geschwister,
die Vögel Israels schweigen.
Leer ist eine Stelle, musiklos
In der blauen Luft



Im Gesang der Völker fehlt euer sanftes Dunkel!
Durch der Jahrtausende Echoberge
Schluchzt Davids Saitenspiel
Einsam.
Ihr Sänger Israels
Verwest am Leide war eure Stimme
Wie das Samenkorn verwest
Zur neuen Geburt.
Sänger Israels, sausende Muschel
Des Spharengesangs
Schlafende Seele
Singe!

Vor zwei Wochen habe ich an dem Gedenkakt im Konzentrationslager Bergen-Belsen teilgenommen. Ich hörte bewegende Worte von Überlebenden.

Maurice Zylberstein, Überlebender aus Bergen-Belsen beendete seine Ansprache: „Erwartung und Hoffnung. Erwartung einer Zeit ohne Schrecken, Hoffnung auf eine Jugend mit dem Engagement für das Gute.“ Und er endete mit der Frage: „Eine Utopie? Womöglich nicht.“

Es wartet keine große Verheißung, sondern es bleibt das mühsame Werk, das Böse zu überwinden. Als Kirchen wissen wir um unsere Verantwortung.